

Absender:

Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt

17-05464

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Änderungsantrag zu 17-05219 Langzeitarbeitslosen eine Perspektive geben

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

25.09.2017

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

26.09.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, sich in der Trägerversammlung des Jobcenters Braunschweig dafür einzusetzen, dass:

- zeitnah die seit Juli 2017 in Kraft getretene „Arbeitsplatzprämie“ des Landes Niedersachsen genutzt wird, um Langzeitarbeitslose verstärkt in reale Beschäftigungsverhältnisse zu bringen. Dazu ist ggf. der prozentuale Anteil der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu verändern.
- die „Arbeitsplatzprämie“ und die entsprechenden Formulare, die vom Jobcenter vorzuhalten sind, vom Jobcenter Braunschweig intensiv beworben werden.
- spätestens ab 2018 mindestens 100 Arbeitsverhältnisse für Langzeitarbeitslose bei der Stadt Braunschweig und gemeinnützigen Trägern, zu 90–100% (75% Jobcenter, Rest Arbeitsplatzprämie Land) gefördert werden.
- zu prüfen, ob mehr als die geplanten 20 Förderungen von Arbeitsverhältnissen durchgeführt werden können und dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit entsprechend zu berichten. Auch hier ist ggf. eine Veränderung der prozentualen Anteile innerhalb der arbeitsmarktpolitischen Instrumente vorzunehmen.

Sachverhalt:

Anlagen: keine